

BERLINER ERKLÄRUNG

**TAGUNG DER GESUNDHEITSPOLITISCHEN SPRECHERINNEN
UND SPRECHER DER CDU-/CSU-LANDTAGSFRAKTIONEN
BERLIN, 08.– 09. JUNI 2015**

BERLINER ERKLÄRUNG

vom 09.06.2015

1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32

Chancen der Digitalisierung des Gesundheitswesens nutzen

Deutschland hat eines der besten Gesundheitssysteme weltweit. Damit das so bleibt, gilt es immer wieder Antworten auf neue Herausforderungen zu geben. Eine der größten für unser Gesundheitssystem liegt heute in der rasanten Digitalisierung. Während andere Wirtschaftsbereiche bereits über eine engere Vernetzung, mobile Geschäftsmodelle und Industrie 4.0 diskutieren, werden in unserem Gesundheitssystem Daten und Informationen noch überwiegend analog per Fax oder Post ausgetauscht.

Mit dem „Gesetz für sichere digitale Kommunikation und Anwendungen im Gesundheitswesen“ (E-Health-Gesetz) schafft die Bundesregierung, dass die Möglichkeiten der Digitalisierung auch im deutschen Gesundheitswesen deutlich besser genutzt werden und der Stillstand und die Streitigkeiten der vergangenen Jahre bald der Vergangenheit angehören. Der Nutzen für Patientinnen und Patienten durch die elektronische Gesundheitskarte rückt endlich in den Fokus der politischen und gesellschaftlichen Debatte. Das Gesetz ebnet den Weg für einen zügigen Ausbau der flächendeckenden digitalen Infrastruktur für das Gesundheitswesen und ermöglicht so die Entwicklung innovativer Anwendungen im Gesundheitsbereich. Zur raschen Bereitstellung und Nutzung der Versichertenstammdaten wird ein verbindlicher Zeitplan für die Betreibergesellschaft - die Gesellschaft für Telematik - und die Arztpraxen vorgegeben. Bei Nichteinhaltung der Fristen greifen Sanktionsmechanismen wie die Kürzung von Zahlungen. Gleichzeitig setzt der Gesetzentwurf finanzielle Anreize für Ärzte und Krankenhäuser, u.a. bei der Erstellung und Aktualisierung von Notfalldatensätzen sowie dem Erstellen, Einlesen und Übermitteln elektronischer Briefe. Die Digitalisierung wird aber nur dann ein echter Fortschritt, wenn der Patient die Kontrolle über seine Daten behält, die Daten sicher und vertrauenswürdig behandelt werden und damit das Arzt – Patienten Verhältnis gestärkt wird. Deshalb erhält der Schutz der Patientendaten höchste Priorität. Patientinnen und Patienten können jederzeit selbst über die Freigabe ihrer Daten entscheiden. Die gesundheitspolitischen Sprecher der CDU/CSU-Landtagsfraktionen unterstützen die mit dem Gesetz einhergehenden Maßnahmen ausdrücklich. Unser Ziel ist es, das deutsche Gesundheitssystem sicher und fortschrittlich zu gestalten, damit Patientinnen und Patienten auch in Zukunft überall in unserem Land die bestmögliche medizinische Versorgung erhalten. Die Digitalisierung ist dafür ein zentraler Baustein.

33 **Digitale Chancen erkennen und konsequent nutzen**

34 Technisch ist bereits vieles möglich. Durch die zunehmende Verbreitung von Smartphones
35 und Tablets können sich Patientinnen und Patienten heute weitaus besser über ihren Ge-
36 sundheitszustand informieren als früher. Mehr als 100.000 Gesundheits-Apps bieten ihre
37 Dienste an und täglich werden es mehr. Dies zeigt deutlich: Die Bürgerinnen und Bürger
38 haben die Frage, ob es zu einer Digitalisierung des Gesundheitswesens kommen wird, längst
39 beantwortet. Deshalb wollen wir die Voraussetzung für einen besseren Einsatz telemedizin-
40 scher Lösungen, von E-Health-Anwendungen, aber auch "Big-Data" in der Medizin verbes-
41 sern. Die öffentliche Diskussion muss sich stärker damit auseinandersetzen, wie wir die Di-
42 gitalisierung nutzen und konkret ausgestalten wollen. Auch die Selbstverwaltung ist gefor-
43 dert. Sie muss die Bedürfnisse der Patientinnen und Patienten in den Mittelpunkt rücken
44 und nicht allein die Interessen ihrer eigenen Organisationen. Nur wenn wir an einem Strang
45 ziehen, wird es uns gelingen die großen Vorteile der Digitalisierung für das Gesundheitssys-
46 tem und damit für eine bessere Versorgung der Patientinnen und Patienten auszuschöpfen.

47 Beispielsweise ist heute eine Online-Sprechstunde mit dem Hausarzt technisch ohne weite-
48 res umsetzbar. Viele notwendige Daten – Puls, Fieber, etc. – können digital übermittelt wer-
49 den. Auch die Verbindung zu einem Facharzt kann auf diesem Wege leichter erfolgen und
50 seine Einschätzung schneller eingeholt werden. Vor allem aber kann der Arzt auf Basis der
51 Online- Sprechstunde schneller entscheiden, ob der Patient in die Praxis kommen muss, ins
52 Krankenhaus eingeliefert werden soll oder zu Hause bleiben kann. Besonders in ländlichen
53 Gebieten können so lange Warte- und Fahrtzeiten vermieden und räumliche Barrieren zu
54 Haus- und Fachärzten überwunden werden.

55 Auch die Schwierigkeit einer laufenden ärztlichen Betreuung von Patienten mit Herzprob-
56 lemen kann heute, dank technischer Innovationen, gelöst werden. Moderne Sensoren hel-
57 fen, den Blutdruck im Lungenkreislauf zu messen und diese Daten an den Facharzt zu über-
58 tragen. Durch die laufende Kontrolle des Gesundheitszustands kann so eine Lücke in der
59 Versorgung geschlossen und die Zusammenarbeit zwischen ambulantem und stationärem
60 Sektor deutlich verbessert werden: Ändert sich der Zustand des Patienten, kann der Arzt
61 unverzüglich handeln, die Medikation ändern oder den Patienten zur Behandlung in die Pra-
62 xis oder ins Krankenhaus bitten. Diese zeitnahe Diagnose wird in Zukunft in Notfällen Leben
63 retten.

64 Dem Traum vom Wohnen in den eigenen vier Wänden bis ans Lebensende kommen wir mit
65 sensorgestützten Assistenzsystemen immer näher. Die empfindlichen Messgeräte, die in

66 Wänden eingebaut werden, registrieren neben dem Aufenthaltsort in der Wohnung auch
67 die Atem- und Herzfrequenz. Zudem empfangen sie Daten aus der Haustechnik. Ist das Licht
68 eingeschaltet oder der Herd? Diese Informationen werden an ein Notruf- und Sicherheits-
69 system gesendet, über das im Notfall Angehörige, Pflegedienste, Hausärzte oder Kliniken
70 benachrichtigt werden. Selbständiges Älterwerden in einer vertrauten Umgebung und zu-
71 gleich unter guter medizinischer Betreuung wird so möglich.

72 **Staatliche Rahmenbedingungen an die Entwicklungen des 21. Jahrhunderts anpassen**

73 Dies alles zeigt, dass der technologische Fortschritt rasante Veränderungen für unser Ge-
74 sundheitssystem und seine Organisation bedeutet. Der vorgelegte Entwurf eines E-Health-
75 Gesetzes ist dafür ein wichtiger Schritt. Allerdings ist zu erwarten, dass bereits in den kom-
76 menden Monaten und Jahren die digitale Entwicklung weiter voranschreitet und neue Ver-
77 sorgungsprozesse und Behandlungswege ermöglicht. Die Dynamik, mit der sich der Markt
78 für private Gesundheitsdienstleistungen entwickelt, zeigt, wie groß die Nachfrage nach in-
79 novativen Lösungen ist. Die Herausforderung liegt deshalb darin, die staatlichen Rahmen-
80 bedingungen bzw. die Regelungen der Selbstverwaltung so zu konzipieren bzw. kontinuier-
81 lich anzupassen, dass diese möglichst schnell die Anwendung innovativer Verfahren ermög-
82 lichen.

83 Gerade im ländlichen Raum droht der zunehmende Ärztemangel eine schnelle und gute Be-
84 handlung der Bevölkerung zu gefährden. Abhilfe können vielversprechende telemedizini-
85 sche Ansätze schaffen. Davon können auch besonders kleinere Krankenhäuser im ländlichen
86 Raum profitieren. Ihre Einführung scheidet jedoch nicht selten an den bestehenden gesetz-
87 lichen Regelungen. Ein zentrales Problem stellt das weitreichende Fernbehandlungsverbot
88 dar. Deshalb begrüßen wir es, dass die Bundesärztekammer laufend den Anpassungsbedarf
89 prüft, damit Patientinnen und Patienten von den Vorteilen der Telemedizin profitieren kön-
90 nen. Wir gehen dabei davon aus, dass die Bundesärztekammer die Chancen der Digitalisie-
91 rung im Sinne der Patientinnen und Patienten nutzt und das Fernbehandlungsverbot konti-
92 nuierlich an die technischen Möglichkeiten des 21. Jahrhunderts anpasst.

93 Neuartige Behandlungsmöglichkeiten können häufig im Bereich der Gesetzlichen Kranken-
94 versicherung finanziell nicht bzw. nicht schnell genug abgebildet werden. Auch eine Einord-
95 nung in den Bereich stationär / ambulant ist im Bereich mancher Schnittstellentechnologien
96 herausfordernd. Wir streben daher eine Prüfung an, in wie weit dies durch eine Erweiterung
97 der ärztlichen Vergütungsziffern erreicht werden kann und erwarten zugleich, dass die

98 Selbstverwaltung nunmehr endlich dem gesetzlichen Auftrag nachkommt und entspre-
99 chende Bewertungsmaßstäbe für telemedizinische Leistungen entwickelt. Nur so können
100 die vielen erfolgreichen Pilotprojekte in nahezu allen Regionen unseres Landes zu einer dau-
101 erhaften Erfolgsgeschichte werden.

102 Eine Kernvoraussetzung für eine erfolgreiche Digitalisierung des gesamten Gesundheitssys-
103 tems sind Investitionen in eine funktionierende IT-Infrastruktur. Die Ergebnisse des EU Hos-
104 pital Survey aus dem Jahr 2014 zeigen, dass Deutschlands Krankenhäuser nur unzureichend
105 Gelder für ihre IT-Infrastruktur bereitstellen. Dies hat Folgen: Nur 6% der deutschen Akut-
106 Krankenhäuser nutzen die Möglichkeit der regionalen oder nationalen Vernetzung. Der EU-
107 Durchschnitt liegt bei 15%, in Dänemark, Island und Schweden sind es über 50%. Im Kran-
108 kenhaus der Zukunft aber spielt IT – beispielsweise im Bereich der Robotik und bei der Ver-
109 netzung mit anderen Kliniken, um schnell präzisen Zugriff auf die Ergebnisse der Diagnostik
110 zu erhalten – die zentrale Rolle. Daher ist zu prüfen, mit welchen Anreizen Krankenhausträ-
111 ger unterstützt werden können, ihre Investitionen in den Ausbau der IT-Infrastruktur zu er-
112 höhen. Ein möglicher Ansatz könnte eine Kofinanzierung von IT-Krankenhaus-Investitionen
113 seitens der Bundesebene und der Bundesländer darstellen.

114 Die Digitalisierung birgt das Potenzial die gute Versorgung in unserem Land weiter zu ver-
115 bessern und zugleich neue wirtschaftliche Chancen für die beteiligten Unternehmen zu er-
116 schließen. Sie führt schon heute zu innovativen Behandlungsformen und neuen Versor-
117 gungsansätzen. Unser wesentliches Ziel ist es daher, die Rahmenbedingungen so auszuge-
118 gestalten, dass die Patientinnen und Patienten auch weiterhin in Deutschland die bestmögli-
119 che medizinische Betreuung erhalten und am technischen Fortschritt teilhaben können. Bei
120 allen Möglichkeiten dieser Entwicklung bleibt für uns zentral, dass die Patientinnen und Pa-
121 tienten selbst und ohne Zwang oder Druck entscheiden können, welche Daten und welche
122 Dienste sie in Anspruch nehmen wollen. Derjenige, der die neuen digitalen Lösungen nicht
123 nutzt – sei es, weil er nicht will oder es nicht kann – darf und soll in unserem Gesundheits-
124 system nicht benachteiligt werden. Wir werden das Ziel eines Gesundheitssystems 4.0 nur
125 dann erfolgreich erreichen, wenn es auf den Prinzipien unseres bewährten und erfolgrei-
126 chen solidarischen Gesundheitssystems fußt.